

Sie macht das schon

Auswirkungen von Corona Die Pandemie zeigt, dass es in der Schweiz immer noch vorwiegend die Frauen sind, die sich um Kinder und Betagte kümmern und wenig beachtete Arbeit leisten – für wenig Geld oder gratis. Das könnte sich nun ändern.

Salome Müller

In den vergangenen Tagen und Wochen war oft zu lesen, die Corona-Krise würde Familien in die 50er-Jahre zurückwerfen. Mütter, die zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern. Väter, die sich für die Arbeit aus dem Familienleben ausklinken – auch im Homeoffice.

Doch jetzt gibt es Hinweise auf eine gegenteilige Entwicklung. Ist alles viel weniger schlimm als befürchtet?

Eine Studie des National Bureau of Economic Research, einer amerikanischen Forschungsorganisation, hat untersucht, wie sich die Corona-Krise auf die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern in den USA auswirkt. Zwar kommen die Forscherinnen zum Ergebnis, dass Frauen von der Pandemie ökonomisch ungleich härter getroffen werden, allen voran alleinerziehende Mütter. Trotzdem sehen die Autorinnen in der Pandemie eine Chance.

Sie glauben, dass sich die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern langfristig verringern. Sie nennen zwei Gründe: flexiblere Arbeitsmodelle und eine grössere Beteiligung von Vätern an der Erziehung ihrer Kinder. Trifft das auch auf die Schweiz zu?

In der Krise liegt die Kraft

Der Schweizer Thinktank Denknetz fordert einen radikalen Wandel. Es schreibt in einem Plädoyer, dass es einen neuen Gesellschaftsvertrag brauche. In dessen Zentrum soll die Care-Arbeit stehen, weil jeder einzelne Mensch auf Fürsorge angewiesen sei. Mehr als 1400 Personen haben das Plädoyer bisher unterzeichnet. In der Krise liegt politisch nutzbare Kraft.

Linke Parlamentarierinnen, die sich mit gesellschaftlichen Veränderungen beschäftigen, müssten diese Kraft eigentlich nutzen. Viele von ihnen verweisen auf den Frauenstreik vor elf Monaten. Sie wollen sagen: Die Arbeit an gesellschaftlichen Verbesserungen hat damals begonnen. Jetzt geht sie weiter.

Sandra Locher Benguerel, seit Dezember SP-Nationalrätin (GR), sagt: «Am Frauenstreiktag waren unsere drei Hauptforderungen: mehr Lohn, mehr Zeit, mehr Respekt. Durch Corona sind diese Themen wieder dringlich geworden.» Was in der kommenden Session behandelt werde, lasse sich auf jene Forderungen herunterbrechen, sagt Locher: bessere Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen; mehr Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinen; bessere Arbeitsbedingungen. Vorstösse sind traktandiert oder eingereicht: mehr Geld für Beratungsangebote bei häuslicher Gewalt, Sanktionen für Unternehmen bei Lohnungleichheit, die Pflegeinitiative. Locher sagt: «Am Ende der

Legislatur wird man das Parlament daran messen, wie es sich zur Gleichstellung verhält.»

Auch in der Schweiz hat die Pandemie gezeigt, wie sehr die Gesellschaft von Care-Arbeit abhängt. Mindestens 20 Prozent aller Arbeit, die in der Schweiz geleistet wird, ist Pflege- und Betreuungsarbeit. Vier Fünftel davon sind unbezahlt. Und zu 60 Prozent sind es Frauen, die diese Arbeit leisten. Gemäss Bundesamt für Statistik entspricht die gesamte unbezahlte Arbeit, die im Jahr 2016 geleistet wurde, einem Wert von 408 Milliarden Franken.

Wo die Care-Arbeit entlohnt ist, erhalten Betreuerinnen oftmals so wenig Geld für ihre Dienste, dass es nur knapp zum Leben reicht. Die Pandemie hat diesen Zustand verschärft. Berufstätige mit tiefen Löhnen sind besonders häufig in Kurzarbeit, wie eine Analyse des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ergibt. Für sie ist eine Einbusse von 20 Prozent ihres Lohnes prekär.

Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich hat die jetzige wirtschaftliche Situation in der Schweiz mit der Finanzkrise 2009 verglichen. Die Auswertung zeigt, dass damals eher männlich dominierte Industrieberufe Kurzarbeit anmelden mussten. Jetzt sind deutlich mehr Berufe betroffen, die einen hohen Frauenanteil aufweisen: Gastgewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehung, Dienstleistungsjobs wie Coiffeur und Kosmetiksalons, Kleiderläden. Die Corona-Krise ist weiblich.

Chance für neue Vorbilder

SP-Nationalrätin Min Li Marti (ZH) sucht in diesem düsteren Bild einen Lichtblick. Die Frauenbewegung, die sich seit dem Frauenstreik aus zahlreichen Netzwerken zusammensetzt, werde durch die neue Situation wohl befeuert, sagt Marti. Eine Bewegung sei möglich: «Bisher war Care-Arbeit immer nur ein «Frauenthema». Es könnte sein, dass solche Anliegen auf der politischen Agenda jetzt nach oben rutschen.»

In einer neoliberalen Leistungsgesellschaft werde die Vorstellung von Hilfsbedürftigkeit meistens verdrängt, sagt Marti. Jetzt, da Corona allen ihre eigene Verletzlichkeit bewusst gemacht habe, würden sich die Leute damit beschäftigen. Marti hofft, dass auch Familien, die vor der Pandemie auf Grosseltern zurückgreifen konnten, merken, wie wichtig ausserfamiliäre Betreuungsangebote sind. Und Marti glaubt, dass Väter, die sich jetzt mehr um ihre Kinder gekümmert haben, dies auch nach der Krise tun werden.

Die Autorinnen der amerikanischen Studie über Corona und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schreiben, dass Homeoffice und Telefonkonferenzen wahrscheinlich vielerorts erhalten blieben. Mütter, die daheim noch immer die meiste Betreuungsarbeit übernehmen, seien auf diese Flexibilität mehr angewiesen als Männer. Sie würden deshalb auch mehr profitieren.

Gemäss der Studie arbeiten amerikanische Männer öfter als Frauen in Berufen, in denen eine solche Flexibilität überhaupt möglich ist. Dadurch werde sich die Betreuungsarbeit von Vätern daheim leicht erhöhen. Vor allem dann, wenn das Homeoffice

ihren Partnerinnen verwehrt bleibe. Die Forscherinnen sehen in dieser langsamen Veränderung das Potenzial von neuen Vorbildern für die kommende Generation: Väter, die arbeiten und mit ihren Kindern Zeit verbringen. Mütter, die von der Care-Arbeit abgeben können.

Für die Schweiz fehlen solche Daten noch. Eine Umfrage der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich läuft. Sie soll aufzeigen, wie sich Corona auf das Arbeitspensum von Frauen und Männern ausgewirkt hat und wie die zusätzliche Hausarbeit in den vergangenen Wochen zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wurde.

Solche Fakten brauche es, um überhaupt Prognosen erstellen zu können, sagt SP-Nationalrätin Tamara Funicello (BE). «Wir haben während der Pandemie ganz viel Geld ausgegeben. Jetzt müssen wir wissen: Wer hat profitiert?» Funicello hat eine Motion eingereicht mit der Forderung an den Bundesrat, bei der Verteilung der Gelder auf die Gleichbehandlung der Geschlechter zu achten. Nur wenn allfällig unbewusste Mechanismen der Verteilung sichtbar gemacht würden, lasse sich eine geschlechterstereotype Anwendung verhindern. Funicello befürchtet, dass es im Parlament heisst, man müsse jetzt sparen, weil der Staat so viele Ausgaben getätigt habe. «Und wo wird man dann sparen wollen? Beim Service public, also bei den Krippen, bei der Pflege – dort, wo Frauen arbeiten.»

Der grösste Hebel: Teilzeitarbeit

Funicello sagt, sie wolle sich mit aller Kraft dagegen wehren. Funicello politisiert linksausen. Sie weiss, dass sie eine politische Mehrheit braucht. Eine Allianz mit Frauen aus der Mitte.

Mit Frauen wie Susanne Vincenz-Stauffacher. Sie sitzt seit Dezember im Nationalrat (SG) und präsidiert neu die FDP Frauen Schweiz. «Ja, die Krise hat Care-Arbeit in den Fokus gerückt», sagt Vincenz. Sie habe aber Mühe damit, jetzt schnelle Veränderungen zu fordern, wie die Linke das tue. Noch mehr

staatliche Ausgaben zu verlangen, findet sie angesichts der allgemeinen finanziellen Lage schwierig.

Der grösste Hebel für eine Veränderung, von der alle profitierten, sei, wenn Vollzeitpensen nicht mehr mit Status verknüpft würden, sagt Vincenz. Und Teilzeitarbeit ein grösseres Ansehen erlange. «Ich habe den Eindruck, dass die Männer der nächsten Generation dies auch so sehen.»

Vincenz sagt, dass alle dazu beitragen sollten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern: die öffentliche Hand, Betriebe und Private. «Frauen, die Care-Arbeit leisten, können die gesellschaftliche Aufmerksamkeit jetzt nutzen und ihre Rechte bei den Arbeitgebern einfordern.» Vincenz glaubt, dass die Betriebe dafür empfänglich sind. Dass Veränderung möglich ist.

Die Corona-Krise ist weiblich: Viele linke Politikerinnen glauben, dass die Zustände nach der Krise nachhaltig verbessert werden können. Foto: Reuters

«Wir haben während der Pandemie ganz viel Geld ausgegeben. Jetzt müssen wir wissen: Wer hat profitiert?»

Tamara Funicello SP-Nationalrätin

Idee: Care-Gesellschaft

Der Schweizer Thinktank Denknetz fordert in einem Plädoyer einen neuen Gesellschaftsvertrag – global und lokal. Die Corona-Krise werfe ein Schlaglicht auf Risse und Verwerfungen. Gleichzeitig würden Solidarität und Kooperation eine Bedeutung erhalten, die beispiellos sei. Der neue Gesellschaftsvertrag soll auf vier Pfeilern stehen: Care, Kooperation, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Als Massnahmen schlägt Denknetz unter anderem vor: eine Solidaritätssteuer von drei Prozent auf hohe Finanzvermögen zu erheben; Kindertagesstätten auszubauen; bessere Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal. (slm)

slm / Müller Salome